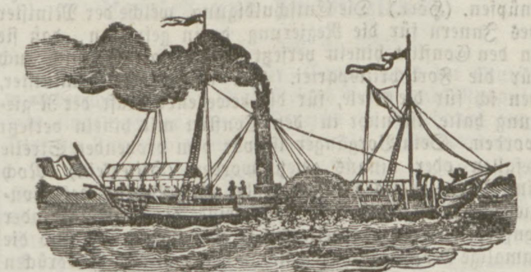
Danziger Dampfboot.

№ 104. **1865.**

Donnerstag, den 4. Mai. **36ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 3. Mai. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 131ster Königl. Klassen-Lotterie fielen 5 Gewinne zu 2000 Thlrn. auf Nr. 13,332. 40,251. 59,934. 64,109 und 90,013.

45 Gewinne zu 1000 Thlrn. fielen auf Nr. 568. 1820. 3197. 3758. 4458. 5262. 5858. 7216. 10,287. 15,332. 16,082. 17,427. 19,184. 22,000. 25,402. 29,620. 31,043. 32,0?4. 32,321. 32,923. 33,417. 34,982. 39,416. 43,331. 49,802. 53,472. 54,982. 55,560. 55,916. 56,438. 58,991. 61,129. 61,726. 62,697. 64,447. 66,814. 69,900. 73,542. 73,932. 74,341. 79,890. 82,160. 84,636. 84,646 und 86,592.

54 Gewinne zu 500 Thlrn. fielen auf Nr. 134. 360. 580. 1262. 2713. 6296. 8609. 10,860. 12,386. 13,624. 16,801. 19,391. 22,125. 23,021. 25,212. 25,920. 27,302. 34,963. 38,344. 39,710. 42,429. 42,615. 43,770. 44,312. 47,441. 48,714. 50,015. 50,201. 53,062. 57,299. 58,079. 58,642. 60,357. 60,885. 63,192. 65,491. 65,626. 67,130. 68,029. 69,536. 70,344. 70,359. 72,097. 73,319. 73,810. 76,118. 76,434. 77,139. 83,253. 87,988. 89,710. 91,553. 92,213 und 94,163.

86 Gewinne zu 200 Thlrn. auf Nr. 68. 1073. 2176. 2323. 3159. 4735. 5454. 5884. 6674. 6863. 8151. 9008. 10,359. 10,921. 11,562. 12,242. 12,804. 15,301. 15,793. 16,061. 17,582. 20,160. 21,529. 25,881. 26,287. 26,756. 26,870. 28,287. 28,406. 30,140. 31,315. 34,035. 34,293. 39,190. 39,573. 41,862. 43,231. 44,381. 47,841. 48,267. 51,242. 53,220. 53,274. 53,327. 53,431. 53,998. 54,088. 57,054. 57,082. 57,214. 60,660. 61,424. 62,145. 63,276. 63,854. 65,901. 70,735. 71,032. 71,410. 71,874. 72,959. 74,591. 75,599. 76,087. 78,590. 79,979. 82,362. 82,462. 84,214. 84,257. 84,921. 86,218. 86,258. 87,063. 87,268. 88,331. 90,149. 90,197. 90,735. 90,969. 92,678. 93,308. 93,496. 93,682. 93,870 und 93,953.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Mittwoch 3. Mai.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über das Budget des Kriegsministeriums fortgesetzt. Der Referent Dr. Giskra beendete seinen gestern begonnenen Vortrag. Taschek beantragte für die Landarmee nur 80 Millionen Gulden zu bewilligen. Der Kriegsminister hat bisher das Wort nicht ergriffen. — Morgen Fortsetzung der Debatte.

Paris, Mittwoch 3. Mai.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Palma (auf Majorka) hat sich die kaiserliche Flotte kurze Zeit im Angesichte von Palma aufgehalten, da der Kaiser, welcher sich vollkommen wohl befand, nicht bei Nacht in Algier eintreffen wollte.

London, Mittwoch 3. Mai.

Nach weiteren Berichten aus New-York vom 22. d. ist das Leichenbegängniß des Präsidenten Lincoln äußerst imposant gewesen und die Ruhe dabei durchaus nicht gestört worden. Mit dem Staatssekretair Seward und dessen Sohn ging es besser. Booth ist nicht verhaftet; die Verhaftung seines Mitschuldigen bestätigt sich indessen. Wie gerüchtsweise verlautet, würde Preston King Seward ersetzen.

— Der „New-York Herald" versichert in einem Extrablatte, daß der General der Konföderirten Johnston kapitulirt habe.

— Nach mit dem Dampfer „Moravian" eingetroffenen Nachrichten aus New-York vom 22. April Abends wird mit Bestimmtheit versichert, daß die Kapitulationsunterhandlungen zwischen den Generalen Sherman und Johnstone begonnen haben. Das Gerücht, daß Letzterer sich ergeben habe, hat sich noch nicht bestätigt. Es hieß, daß Jefferson Davis den Sitz der Regierung in Augusta etablirt und Vorbereitungen zur Flucht jenseits des Mississippi getroffen habe.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

44. Sitzung am 2. Mai.

Die Tribünen sind dicht besetzt; in der Hofloge erscheint der Feldmarschall Graf v. Wrangel. Am Ministertische: Graf zu Itzenplitz, Major v. Hartmann, später v. Selchow und v. Roon.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildet die bereits mitgetheilte Interpellation der Abg. Dr. Hammacher, Cornely und Lasker.

Nachdem Abg. Dr. Hammacher den Thatbestand kurz mitgetheilt und auf Grund der Artikel 99 und 103 der Verfassung der Regierung das Recht abgesprochen, die in Rede stehenden Verträge ohne Genehmigung der Landesvertretung abzuschließen, erklärt der Handelsminister, es habe niemals in der Absicht der Regierung gelegen, die Genehmigung der Landesvertretung da nicht einzuholen, wo sie nach den Paragraphen der Verfassung dazu verpflichtet ist. In dem vorliegenden Falle habe sie geglaubt, derselben nicht zu bedürfen, weil die abgeschlossenen Verträge weder die Staats-Ausgaben noch Einnahmen ändern, also auch Artikel 99 nicht hierher zu ziehen sei; und da auch von einer Aufhebung von Zinsgarantie-Verträgen nicht die Rede sein kann, so passe auch Artikel 103 nicht hierher. Uebrigens sei der Vortheil, welcher der Staatskasse aus dem Geschäfte erwachse, unzweifelhaft.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es folgt die Fortsetzung der in der letzten Sitzung abgebrochenen Militair-Debatte.

Abg. v. Blankenburg (gegen den Commissions-Antrag): Es scheint bei der Behandlung des vorliegenden Gegenstandes Sitte geworden zu sein, daß jeder Redner damit beginnt, es sei wenig Hoffnung vorhanden, eine Meinungsänderung auf irgend einer Seite des Hauses hervorzubringen. Ich gehöre nicht zu diesen, vertraue vielmehr, daß es mir durch meine Ausführungen gelingen wird, diesen oder jenen Herren der Gegenpartei von der Richtigkeit meiner Anschauung zu überzeugen (Heiterkeit). Wir Alle haben ohne Zweifel die Reden der Abgeordneten Jacoby, Jung und Kirchmann mit großem Interesse gehört; in allen diesen gipfelt der Satz, der gegenwärtigen Staatsregierung nichts nachzugeben, mit ihr auf keinen Compromiß einzugehen. Die Ausführungen dieser Herren waren unausgesetzt mit den Ausrufen: Bravo, sehr gut u. s. w. begleitet, und es werden wohl diese Ansichten demnach die Ansichten der Majorität dieses Hauses sein. Wie können Sie da noch verlangen, daß die Staatsregierung dem gegenüber sich zu irgend welchen Concessionen verstehen soll? Sie kann es nicht, so lange es sich darum handelt, ob wir ein Kriegsheer haben sollen, organisirt entweder von Sr. Maj dem Könige als obersten Kriegsherrn, oder organisirt von der Majorität dieses Hauses (große Heiterkeit.) Der Herr Abg. Ziegler hat gesagt, daß das Herz der Demokratie überall da sei, wo die preußischen Fahnen wehen. Ich frage Sie, war das Herz der Demokratie im Jahre 1848 auch bei den Fahnen Preußens? Durch die Reorganisation sollen die Vorrechte des Adels restaurirt werden; was hat denn das mit den großen Principien, um die es sich hier handelt, zu thun? Sehen Sie uns doch einmal an, ob Sie etwas von Restauration unserer Vorrechte merken? (große Heiterkeit). Durch die Reorganisation soll ferner die Landwehr beseitigt werden; sie wird ja gerade durch dieselbe in ihre eigentliche Stellung zurückgeführt, nämlich das Land zu vertheidigen, wenn der Feind eindringt. Durch die Reorganisation wird nicht das adelige, sondern gerade das bürgerliche Heer eingeführt; begrüßen sollte man sie, statt sie zu beklagen. Ich kenne keine Organisation, die auf einer breiteren demokratischen Grundlage basirt wäre, als gerade die Reorganisation (anhaltende Heiterkeit). Was das Bonin'sche Amendement betrifft, so kommt mir der Abänderungsvorschlag vor wie ein Bau mit vielen Ausgängen. Bevor sich nicht die Regierung dahin ausgesprochen, daß sie sich mit diesem Amendement einverstanden erklärt, kann ich mich nicht ausführlicher darüber äußern. Sie sagen, Sie bewilligen nichts, wenn Ihnen nicht Ihr Budgetrecht bewilligt werde. So heißt es hier vom Abg. Graf Schwerin bis herunter zum Abgeordneten Jung. Was ist denn das eigentlich: „Ihr Budgetrecht?" Ich denke mir das Budgetrecht so: daß die Regierung sich lediglich an das hält, was das Haus beschließt, und sodann für die Etatsüberschreitungen Decharge erhält. Das Budgetrecht der Herren scheint bei jedem ein anderes zu sein; das des Abg. Jacoby, welcher keine Diäten annimmt, ein anderes, wie das des Abg. Simson, der sein Gehalt ruhig fortbezieht; der Abg. Schwerin scheint sogar als Minister ein anderes Budgetrecht zu haben, als als Abgeordneter. (Unruhe.) Bei dieser Sachlage können Sie doch von der Regierung kein Entgegenkommen verlangen. Denn das Budgetrecht der Herren Demokraten, oder wie der Abg. Waldeck sagte, der „heiligen Demokratie,

Das sollen Sie nicht haben,
Und wenn Sie wie rothe Raben
Sich heiser darnach schrein!

(Große Bewegung und Unruhe. Glocke des Präsidenten.

Abg. Michaelis: Wenn der Abg. Blanckenburg uns fragt, welches Budgetrecht wir denn meinen, das des Herrn Simson, des Herrn Gneist oder des Herrn Jacoby, so ist die Antwort eine sehr einfache: wir meinen das Budgetrecht der preußischen Verfassung. (Sehr gut.) Das Nichtanerkennen unseres Budgetrechts ist das eiserne Band, welches die Majorität dieses Hauses zusammenhält. (Sehr richtig.) Nicht eine Parteidisciplin, von welcher bei keiner Fraction die Rede ist. Es ist uns, wie der Abg. v. Blankenburg sagt, in der Armeefrage stets ein Entweder — Oder vorgelegt worden, so daß nicht eine Vereinbarung, sondern nur eine Annahme oder Ablehnung möglich war. Sobald es sich um Geltung oder Nichtgeltung der Verfassung handelt, da könne auch nur ein Entweder — Oder, innerhalb aber der Verfassung sind die drei Factoren der Gesetzgebung auf die Vereinbarung unter einander hingewiesen und daß die Regierung den Stand der Vereinbarung bisher nicht gefunden hat, ist der Grund dieser nun Jahre lang dauernden Krise. Denn wir haben mit der Verfassung auch die ältere preußische Heeresorganisation überkommen und das Recht, so wie die Pflicht der Gesetzgebung. Wir haben die Pflicht, uns auf gesetzgeberische Aenderungen der Heeresverfassung, so weit dies zur Aufrechterhaltung, Unabhängigkeit und Machtstellung dieses Staates nöthig ist, einzulassen. Von beiden Seiten dieses Hauses ist oft an die Möglichkeit der Wiederkehr einer Katastrophe, wie die von 1848 erinnert worden. Der Abg. Jacoby sagte, bei einer solchen Katastrophe werde sich die Reorganisation als eine Fehlgeburt erweisen; der Abg. von Blanckenburg, die Majorität würde bei einer solchen froh sein, sich vor einer socialen Revolution hinter die Reorganisation flüchten zu können. Ich meine beiden Herren gegenüber, wir sind von der Verfassung und unseren Wählern berufen, durchaus auf Grund unseres Gesetzgebungsrechtes der Wiederkehr solcher Katastrophe vorzubeugen. (Beifall.) Der Regierung trifft der schwerste Vorwurf darin, daß sie uns nicht zur Ausübung unseres Gesetzgebungsrechts kommen läßt. (Sehr wahr.) Vor dem Beginn der Session hielt ich eine Verständigung der Krone und diesem Hause über die Militairfrage für möglich. Es ist bisher die Reorganisation in einer Fassung vor das Haus gekommen, in welcher eine Vereinbarung möglich war. Die liberale Regierung hat sich durch Ausführung der definitiven Organisation auf Grund einer Bewilligung für einstweilige Kriegsbereitschaft in den Besitz der Reorganisation gesetzt, aber ihr Besitzstand war ein fehlerhafter, (sehr richtig), ein precärer Besitz. Das liberale Ministerium wollte die Zustimmung dieses Hauses um den Besitz in Eigenthum umzuwandeln; das gegenwärtige Ministerium behauptet, daß er es eigentlich sei; wenn ihm aber damit Ernst wäre, dann wäre unsere Bewilligung nicht nothwendig, die ja alle Jahre nachgesucht wird. Wenn die Verfassung die Regierung anweist, unsere Bewilligung zu neuen Einrichtungen nachzusuchen, dann kann sie nicht mehr sagen, ich kann keine Concessionen mehr machen, denn sie verlangt ja von uns Concessionen, die sie im Wege der Verständigung zu erwirken, nicht im Wege des Befehls zu erzwingen hat. (Zustimmung.) Die Regierung hat die Aufgabe, die Wege zu finden, auf welchen eine Verständigung über die anderweitige Organisation der Armee innerhalb der bestehenden Verfassung herbeigeführt werden kann. Diese Wege hat sie bisher nicht eingeschlagen, sie hat uns die Reorganisation im Budget vorgelegt, aber hier ist ein Amendiren des Hauses

und damit eine Verständigung nur möglich, wenn das Haus eine andere Organisation entwirft, und mit Recht hat der Minister es dazu für unfähig erklärt. Ferner ist uns eine Militär-Novelle vorgelegt worden, aber wenn wir dasselbe auch vollständig annehmen, so ist damit die Reorganisation noch nicht bewilligt, denn die Bewilligung umfaßt die Last von 40 Millionen Thalern, die im Budget stehen und von 212,000 Mann, nur die Pflichten des Einzelnen sind verändert, über die Gesammtlast, welche die Regierung in Anspruch nimmt, enthält der Gesetzentwurf kein Wort. Wo liegt denn nun der Angelpunkt einer Verständigung? Der Weg ist allerdings nicht in der Verfassung beschrieben, die, wie alle Gesetze das gewöhnliche Maß von Logik voraussetzt, das man haben muß, um innerhalb der gesetzlichen Schranken zu wirken. (Bravo.) Der Angelpunkt der Reorganisation ist der Friedensstand der Armee, das Material, aus welchem der Kriegsminister die Kriegsmacht der Armee zu construiren hat. Wenn der Herr Kriegsminister eine Organisation, welche eine größere Ziffer des stehenden Heeres verlangt, innerhalb der Verfassung durchsetzen will, so muß er sagen: Mit der bisherigen Friedensarmee komme ich nicht aus; ich bedarf mehr, um die für die Machtstellung Preußens nöthige Kriegsarmee zu schaffen, und erst, wenn er die Zustimmung dieses Hauses, als des Vertreters der Steuerzahler, des mit seinem Blut leistenden Volkes zu diesem Mehr erlangt hat, kann er aus diesem nun bewilligten Friedensstand der Armee den Kriegsbestand zu organisiren beginnen. (Sehr wahr.) Dann kommt die zweite Frage, ob sonstige Veränderungen der Gesetzgebung nothwendig sind. (Sehr richtig.) Der Gesetzentwurf des Abgeordneten v. Bonin, unter dem ich zu meiner Freude die Unterschrift des Grafen Schwerin finde, enthält mehr oder weniger die ganze Reorganisation, aber er enthält sie in einer Form, wo das Amendiren möglich ist. Auf diesem Wege müßte meiner Ansicht nach eine Verständigung gesucht werden. Die Regierung ist im Verlaufe dieser Session mit einer ganz besonderen Art von Concessionen aufgetreten, indem sie die Militär-Novelle ohne Motive einbrachte; die zweite sogenannte Concession war die Einbringung der Reorganisation im Budget mit Ziffern, durch welche die volle Durchführung der dreijährigen Dienstzeit verlangt wurde. Bei der allgemeinen Budgetdebatte trat uns zuerst die Rede des Finanzministers entgegen, worin er in aller Schärfe die Lückentheorie entwickelte; dann kam die Rede des Kriegsministers, in der er bewies, daß die Reorganisation bis auf das letzte Bataillon und den letzten Mann nothwendig sei. (Hört! Hört!) In den Commissionsverhandlungen hatte trotzdem der Abg. Stavenhagen die Selbstüberwindung, die Frage der Friedensstärke zur Discussion zu bringen. (Redner liest die betreffenden Erklärungen des Kriegsministers und seines Commissars in der Commission, welche bekanntlich auf eine sehr bedingte Feststellung der Friedensstärke eingehen und resumirt die an dieses Eingehen geknüpften Voraussetzungen. Diese Erklärungen sagen mit dürren Worten: wir wollen uns auf eine Feststellung des Friedensbestandes einlassen mit dem Vorbehalt, daß der Executive das Recht zusteht, jeden Augenblick einen größeren Friedensbestand zu haben. (Hört, hört!) Wenn der Kriegsminister sagt, die Regierung könne nicht Concessionen machen, wo es sich um unberechtigte Parteistandpunkte handelt, so ist dies keine den Frieden fördernde Discussion. Die Majorität dieses Hauses trägt den Patriotismus und den Eifer für die Machtstellung des Landes ebenso im Herzen, wie der Herr Kriegsminister, denn sie wäre sonst von dem patriotischen Volke nicht gewählt worden.

Abg. v. Sänger (die Bänke des Hauses leeren sich außerordentlich) spricht für das Amendement v. Bonin. Er weist darauf hin, daß dasselbe eine Handhabe sei, einen Ausgleich zwischen der Regierung und der Volksvertretung herbeizuführen. Verlange die Regierung von den ursprünglichen Gegnern der Reorganisation unbedingtes Eingehen auf dieselbe, so heiße das nichts anderes, als unbedingte Unterwerfung derselben zu fordern, als thatsächlich von der Verständniß nichts wissen wollen. Er empfehle das Amendement der ernstesten Erwägung des Hauses und der Regierung und bemerke der letzteren, daß nicht jedes Nachgeben Schwäche sei, daß rechtzeitige Versöhnung ebenso gut das Zeichen vollen Kraftgefühls sein könne, und daß sie im vorliegenden Falle dazu beitragen werde, das Königthum zu stärken, auf dessen ungeschwächte Hochhaltung die Gegenwart und Zukunft Preußens beruhe.

Abg. Reichensperger: M. H., ich muß mich ohne Bedenken, wenn auch nicht ohne Bedauern gegen die Regierungsvorlage wenden, da ich materiell zwar mit mehreren Punkten der Vorlage einverstanden bin, aber der Ansicht bin, daß das Haus das Gesetz von 1814 unter keiner Bedingung eher aus der Hand geben darf, als bis die Staatsregierung das verfassungsmäßige Recht des Hauses, das Recht der Ausgabebewilligung anerkennen und achten wird.

Kriegsminister v. Roon: Durch die Erklärungen, welche ich in der Sitzung am Freitag abgegeben, glaube ich den Standpunkt der Regierung genügend präcisirt zu haben, und kann mich also weiterer Anführungen enthalten. Auch beabsichtige ich nicht, dem Herrn Vorredner ausführlicher zu erwidern, weil ich mich dabei in einiger Verlegenheit befinden würde, indem derselbe sagt: Ich billige die Reorganisation, stimme aber nicht dafür. In vielen Punkten bin ich mit ihm einverstanden, aber er hat nicht angegeben, wie man aus dem Conflicte herauskommen soll, abgesehen davon, daß er an die Regierung die Aufforderung gerichtet hat, mit ihren Minimalforderungen hervor zu treten. Er ignorirt hierbei jedoch die Stellung und den Standpunkt der Majorität, deren Parole ist: Fort mit diesem Ministerium! (Sehr wahr.) Diese Majorität würde auch den richtigen und guten Versöhnungsgedanken zurückweisen, wenn die Regierung so glücklich wäre, diesen aufzufinden, eben weil er von dieser Regierung kommt. Ueber das Bonin'sche Amendement konnte ich mich in meinen letzten Auslassungen nicht ausführlicher äußern, weil ich mir damals noch keine Meinung darüber gebildet hatte. Jetzt glaube ich über die Bedeutung dieses Abänderungs-Vorschlages klar zu sein, und da ich die versöhnende Absicht desselben anerkenne, halte ich die Regierung für verpflichtet, näher darauf einzugehen. Es ist aber zweifelhaft, ob man die Principien in der Weise, wie ich sie herausgelesen, auch von anderer Seite so auffassen wird, und erst wenn die Discussion mich davon überzeugt haben wird, daß die Majorität meine Auffassung theilt, werde ich Gelegenheit nehmen, mich eingehender über das Amendement zu äußern. (Heiterkeit, große Bewegung.)

Abg. Virchow: Der Herr Kriegsminister pflegt von Parteiorganisation zu reden und Beschuldigungen der Partei, der ich anzugehören die Ehre habe, daran zu knüpfen. (Hört.) Die Entschuldigung, welche der Minister des Innern für die Regierung darin gefunden, daß sie in den Conflict hinein versetzt worden, acceptire ich auch für die Fortschrittspartei. Der einzige Kriegsminister, den ich für die Seele, für die bewegende Kraft der Regierung halte, ist nicht in den Conflict mit hinein versetzt worden. Sein Vorgänger ist vor dem drohenden Streite gefallen oder hinaus gesetzt worden. (Heiterkeit.) Noch eine Partei dieses Hauses ist bei dem Beginn des Conflictes betheiligt gewesen, ich meine die altliberale oder conföderirte. (Große Heiterkeit.) Die Regierung und die damalige Majorität haben sich in verfänglichen Ausdrücken bewegt, beider Verhalten war nicht so correct, daß es allein von der Rücksicht auf das Wohl des Landes dictirt zu sein scheint. Wenn aber der Herr Kriegsminister meiner Partei Nebengedanken unterzuschieben pflegt, so behaupte ich, daß wohl nie eine Fraction ihre Absichten klarer dargelegt hat, als wir durch unser Programm vom 9. Juni 1861. In diesem Programm liegt allerdings eine gewisse Verpflichtung für jeden Einzelnen, aber die eisernen Fesseln der Parteidisciplin sind nichts anderes als ein Band der patriotischen Ueberzeugung, gegründet auf eingehende Erwägungen über das, was dem Lande zum Wohle gereicht. Der Herr Kriegsminister kann dieses Wort auch nicht so ernstlich gemeint haben, sonst würde er nicht noch in einer der letzten Marine-Commissions-Sitzungen die Möglichkeit der Bildung eines Comperativs und Superlativs der Fortschrittspartei ausgesprochen haben; diese wäre ja nicht denkbar, wenn wirklich eiserne Fesseln der Partei-Disciplin vorhanden wären. Der Kardinal-Punkt, um den sich diese ganze Frage dreht, ist der §. 3 des Gesetzes von 1814. Friedrich Wilhelm III. war in der glücklichen, vielleicht auch traurigen Lage, ohne Verfassung regieren zu können. Er konnte seine Gesetze deshalb auch stets in seinem Sinne interpretiren. Dadurch aber, daß sein Nachfolger die Verfassung beschwor, änderte sich die Sache; eben so ist es unter dem jetzigen Könige. Die Gesetzgebung ist nur möglich in Verbindung mit der Landes-Vertretung und aus dem ersten Eingreifen der Regierung in die Gesetzgebung kommt der Streit. Der Streit über das Budget ist eine natürliche Folge der Reorganisation, die Reorganisation aber basirt auf einer falschen Interpretation des §. 3. M. H., der Herr Kriegsminister hat ja selbst gesagt, daß ein Ausgleich kaum zu finden ist mit einem Hause, dessen Parole ist: Fort mit dem Ministerium. Auch ich bin überzeugt, daß mit diesem Ministerium eine Einigung nicht zu Stande kommen kann, weil ihm der redliche Wille dazu fehlt. Oder warum rückt der Herr Kriegsminister nicht mit der Sprache heraus? Warum glaubt er sich uns gegenüber wie gegen eine fremde Macht, oder wie gegen Unterhändler benehmen zu müssen? Warum giebt er nicht den Minimalfonds an, auf den er sich beschränken zu können glaubt? Warum sagt die Regierung nicht, was sie an Erleichterungen gewähren kann? Wenn er etwa glaubt, sich auf diese Weise eine Majorität zu errumpeln, so irrt er sich wohl sehr. Das Land hat seine Vertreter mit Ueberlegung gewählt und würde wohl solche Männer nicht zum zweiten Male mit einem Mandate betrauen. Warum nun aber, m. H., wollen wir die Reorganisation nicht so, wie das Ministerium? Erstens, weil die Durchführung derselben financiell unmöglich ist, weil das Land dadurch ruinirt wird, und die Regierung selbst bald davon wieder zurücktreten würde. Ich wiederhole hier nur die Worte, die der verstorbene Abg. Kühne in einer Commissionssitzung gebraucht hat; daß die Regierung mit jedem Jahre höhere Anforderungen gemacht hat und immer höhere machen wird, so daß die Steuerlast bald unerschwinglich sein wird. Man bestreitet von einer Seite her, daß der Reorganisation halber neue Steuern eingeführt worden. Es ist aber doch wohl Allen bekannt, daß die Grundsteuer als Einnahmequelle hierfür geschaffen worden. Und ist es denn nicht eben so gut wie eine neue Steuer, wenn die alten jährlich höher und höher hinauf geschraubt werden? (Sehr wahr.) Die Ordnung der Finanzen aber ist nöthig für Preußens Unabhängigkeit und Stellung als Großmacht; auch um ein Heerwesen auf die Dauer gut einzurichten, ist eine gute Finanzwirthschaft nöthig, und daß ein Land durch schlechte Finanzwirthschaft dem Untergange entgegen geht, hat ja die Geschichte schon bewiesen. Der Herr Kriegsminister sollte selbst mit größerem Vertrauen auf die Entwickelung des preußischen Volkes sehen. Die Reorganisation hat das Heerwesen, das wir hatten, vernichtet. Ich stehe freilich nicht auf dem Standpunkte, daß ich die Landwehr von 1859 als ein freies, unsere jetzige Armee aber als ein Tyrannenheer bezeichnen kann. Ich glaube, meine Herren, daß die Freiheit des Volkes bei beiden Einrichtungen bestehen kann. Das Grundprincip unserer alten Heeresverfassung ist ein demokratisches, die allgemeine Volksbewaffnung; allerdings sieht die Regierung in der bewaffneten Nation eine große Gefahr. Meine Herren! Die Keuschheit des Herrn Kriegsministers ist so weit verletzt worden, daß er von der Landwehr von 1848 und 1849 gesprochen, und sie für staatsgefährlich gehalten hat. Eben so wenig, wie ich aber die wenigen Conservativen für staatsgefährlich halten kann, eben so wenig die einzelnen Landwehrmänner von 1848 und 1849; die Landwehr ist sehr wohl brauchbar in den Händen einer volksthümlichen Regierung, schlecht allerdings in den Händen einer Regierung, die gegen das Interesse des Volkes handelt. Die Ereignisse des Jahres 1849, meine Herren, sind nicht allein Schuld des Volkes; sie wären nicht eingetreten, wenn die Regierungen ihre Schuldigkeit gethan hätten. Aus dem Kriege gegen Dänemark sucht man von gewisser Seite her die Vorzüglichkeit der Reorganisation zu deduciren. Meiner Meinung nach hat dieser Krieg aber gerade gezeigt, daß wir vortreffliche Landwehr-Officiere haben. Und gerade in der volksthümlichen Entwickelung des Officierwesens ist eine böswillige Hinterlist; es ist dies ein großer Mangel, den die Staatsregierung verantworten kann und ohne den viel hätte vermieden werden können. Der Herr Kriegsminister hat auch über die deutsche Frage gesprochen. Ich bin allerdings auch der Ansicht, daß factische Eroberungen besser sind, als moralische; aber, meine Herren, factische Eroberungen, die nicht auch zugleich moralische sind, sind schlechter, als bloße moralische. Und, meine Herren, unser Officierstand hat dadurch, daß er sich vom Volksleben, von der Gewohnheit und Denkungsweise der übrigen Menschen so weit entfernt, in Deutschland schon viel geschadet (Sehr richtig!) Dies ist ein neues Hinderniß der Vereinigung mit Deutschland, viele Schranken müssen deshalb beseitigt werden; dem Officierwesen muß diejenige volksthümliche Gestalt gegeben werden, die er im Sinne der Urheber der Heeresverfassung haben soll. Die Aushebung muß allerdings ausgedehnt werden, um die Ausbildung jedes Einzelnen herbeizuführen, sei es über oder unter dem Maß, dafür muß die Dienstzeit abgekürzt werden; dies kann aber natürlich nur insoweit geschehen, als es verträglich ist mit den Geldmitteln und mit den Grundsätzen der freiheitlichen Entwickelung des Volkes (großer Beifall.)

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird die General-Diskussion vertagt; es folgen persönliche Bemerkungen, von denen wir folgende hervorheben:

Abg. Simson: Der Abg. v. Blanckenburg hat Aeußerungen gethan, die stark genug sind, um mein Schweigen zu überwältigen. Er hat die Güte gehabt, eine Rede zu verlesen, die ich als Präsident dieses hohen Hauses im Jahre 1860 gehalten. Ich sage ihm meinen verbindlichen Dank dafür, daß er diese meine Improvisation niedergeschrieben. Wie ich aber damals von dem dringenden Verlangen beseelt war, Andere von dieser meiner Ansicht zu überzeugen, was mir leider mißlang, so bleibe ich noch heute Wort für Wort dabei stehen. Wie er mir daraus einen Vorwurf machen kann, begreife ich nicht. Aber gegen die Annahme, als hätte ich meine Urwähler dadurch getäuscht, muß ich auf das Entschiedenste protestiren, da sie meine Ansicht hierüber genau kennen. Derselbe Herr Abgeordnete hat aber eine andere Aeußerung von mir in einer Weise illustrirt, daß ich den Ekel nicht überwinden kann, sie ihm nachzusprechen.

Es folgen noch verschiedene persönliche Bemerkungen der Abgg. v. Hoverbeck, Twesten, Jung, Kirchmann, v. Bonin, Graf Schwerin, die zum großen Theile gegen den Abg. v. Blanckenburg 2c. gerichtet sind.

Schluß der Sitzung $4\frac{1}{4}$ Uhr; nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr Vormittags. Tagesordnung: Fortsetzung der Militär-Debatte.

Berlin, 3. Mai. Die zu heute anberaumte (45.) Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde auf morgen Vormittag 10 Uhr vertagt, weil Se. Excellenz der Herr Kriegsminister v. Roon gestern Abend ein Schreiben an den Präsidenten gerichtet hatte, worin derselbe mittheilte, daß er behindert sei, der morgen im Hause der Abgeordneten stattfindenden Sitzung beizuwohnen.

Neuestes Telegramm.

Berlin, Mittwoch, 4. Mai.

Angekommen in Danzig, 3 Uhr 30 Min. Nachm.

[Abgeordnetenhaus.] Abg. Forkenbeck: Gegenüber den zurückhaltenden Erklärungen des Kriegs-Ministers in voriger Sitzung über den Boninschen Vermittelungs-Antrag werden wir dem Kriegsminister zuvorkommend, erklären, daß wir dies Amendement, weil es der thatsächlichen Anerkennung der Reorganisation gleichkommt, nicht acceptiren können, wenn wir nicht unsere ganze politische Vergangenheit desavouiren und vernichten wollen. Kriegs-Minister v. Roon: Ich habe keine Veranlassung, über das mit 8 Unterschriften versehene, wenig unterstützte Amendement zu diskutiren. Die Regierung kann so aussichtslose Vorschläge nicht in Berathung ziehen. (W. T. B.)

Berlin, 3. Mai.

— Se. Maj. der König ließ sich bei der gestern Nachmittag in der Dorotheenstädtischen Kirche für den Präsidenten Lincoln stattgefundenen Todtenfeier durch den Minister-Präsidenten v. Bismarck und den General-Adjutanten General-Major v. Boyen vertreten.

— Bei Ueberreichung der Beileidsadresse, welche die große Mehrzahl der Abgeordneten an den Gesandten der Vereinigten Staaten, Mr. Judd, gerichtet habe, dankte der Letztere im Namen der amerikanischen Bundesregierung und des amerikanischen Volkes für die Theilnahme, welche von Mitgliedern einer so hochstehenden und in jeder Weise so ausgezeichneten Versammlung bewiesen werde. Mr. Judd beklagte den großen Verlust, welchen sein Land durch den Tod Lincoln's erlitten habe, und hob das große Verdienst

hervor, das die Deutschen in Amerika sich um die Sache der Union erworben hätten. Amerika werde nie vergessen, was die Deutschen für seine Sache gethan haben. Das Befinden Seward's sei in der Besserung; der Tod desselben wäre fast ein eben so großer Verlust wie der Lincoln's. Durch Lincoln's Tod sei in den Vereinigten Staaten keine politische Veränderung hervorgerufen. Das größte Verdienst Lincoln's sei darin zu suchen, daß er der treue Vollstrecker des Volkswillens gewesen sei. Der Volkswillen sei aber in Amerika derselbe geblieben. Eine Veränderung sei nicht zu befürchten, da der neue Präsident Johnson ein in einem langen öffentlichen Leben wohlgeprüfter Staatsmann und mit Lincoln zugleich gewählt sei.

— Der König wird seine Reise nach Aachen zur Begehung des 50jährigen Jubiläums der Vereinigung der Rheinlande mit Preußen] am 13. d. M. antreten und von der Königin in Düsseldorf erwartet werden. Nach der Festlichkeit besuchen Beide das russische Kaiserpaar in Darmstadt.

— Die ministerielle „Provinzial-Correspondenz" schreibt: Der Antrag Preußens auf Befragung des schleswig-holsteinschen Volks ist österreichischerseits angenommen, über den Wahlmodus aber noch keine Bestimmungen getroffen worden. Die preußische Regierung wünscht, daß die einzuberufende Versammlung sich nicht über die Finanzlage allein, wie irrthümlich geglaubt wird, sondern über alle Fragen äußern soll, welche auf die Zukunft der Herzogthümer Bezug haben, obwohl derselben eine alles entscheidende Bedeutung nicht zugemessen werden darf. Die preußische Regierung hofft, daß die unerläßlichen Forderungen, welche sie als Vorbedingung für jede Lösung der schleswig-holsteinschen Frage festhält, in ihrer Berechtigung und Nothwendigkeit im Interesse der Herzogthümer auch von der Vertretung derselben bereitwillig anerkannt werden dürften.

Aachen, 1. Mai. Das Programm zu den Festlichkeiten, welche aus Anlaß der 50jährigen Vereinigung der Rheinprovinz mit der Krone Preußens zu Aachen stattfinden werden, lautet: **14. Mai 1865:** Festlicher Empfang Ihrer Majestäten des Königs und der Königin am Marschierthor-Bahnhof. **15. Mai 1865:** Morgens $8\frac{1}{2}$ Uhr Gottesdienst im Münster und in der evangelischen Kirche. Um 10 Uhr Parade vor Sr. Majestät. Um $11\frac{1}{2}$ Uhr Huldigung vor dem Rathhause durch die Provinz, hiernach **Te Deum** im Münster. Grundsteinlegung zur polytechnischen Schule auf dem Templerbend. Nachmittags 3 Uhr Festessen im Kaisersaale des Rathhauses. Abends 9 Uhr Festball in den Räumen des Kurhauses. Nachher allgemeine Beleuchtung.

Frankfurt a. M., 1. Mai. Gestern Nachmittag trafen die Königin von Dänemark mit dem Kronprinzen und der Prinzessin Dagmar hier ein und begaben sich direkt nach Rumpenheim.

Paris, 30. April. Diesen Abend ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, der Kaiser in Marseille eingetroffen, um an Bord seiner Yacht zu übernachten und morgen früh die Fahrt nach Afrika anzutreten. Der gesetzgebende Körper hält morgen öffentliche Sitzung, um eine Mittheilung der Regierung entgegen zu nehmen. Die amtliche Anzeige von der Ernennung der Kaiserin zur Regentin wurde gestern bereits dem Senate nebst einem Schreiben des Staats-Ministers Rouher an den Präsidenten übermittelt. Das betreffende Patent des Kaisers lautet:

Napoleon u. s. w. Um unserer vielgeliebten Gemahlin der Kaiserin Beweise des hohen Vertrauens zu geben, das wir in sie setzen; in Erwägung, daß wir im Begriffe stehen, uns nach Algier zu begeben und daß es nothwendig ist, daß die Staatsgeschäfte während unserer Abwesenheit keinen Verzug erleiden, übertragen wir durch Gegenwärtiges unserer vielgeliebten Gemahlin den Titel Regentin, damit sie die Functionen einer solchen während unserer Abwesenheit im Einklange mit unseren Weisungen und Befehlen ausübe, so wie wir dieselben in der General-Dienstordre, die wir aufgestellt und die in das Staatsbuch eingeschrieben werden soll, verzeichnet haben. Wir verordnen, daß unsern Ministern und den Mitgliedern des geheimen Rathes von besagten Weisungen und Befehlen Kenntniß gegeben werde und daß die Kaiserin von deren Inhalte bei Ausübung ihrer Functionen als Regentin in keinem Falle abweichen könne. Wir wollen, daß die Kaiserin in unserem Namen im Minister-Conseil und im geheimen Rathe den Vorsitz führe. Jedoch ist unsere Absicht nicht die, daß die Kaiserin-Regentin durch ihre Unterschrift die Bekanntmachung eines Senatsbeschlusses oder anderen Staatsgesetzes, als die vor dem Senate, gesetzgebenden Körper und Staatsrathe gegenwärtig anhängigen, bevollmächtigen solle, wobei wir in dieser Hinsicht auf die obgenannten Befehle und Weisungen hindeuten. Wir fordern unsern Staatsminister auf, dem Senate Mittheilung von dem Patentbriefe zu machen, der denselben in seine Register eintragen lassen wird, so wie unseren Justiz- und Kultusminister, denselben im Gesetzbülletin zu veröffentlichen. So gegeben im Palaste der Tuilerieen, 26. April 1865. Napoleon.

— Heute leisteten nach der Messe in die Hand der Kaiserin-Regentin den Eid: der Erzbischof von Albi und die Bischöfe von Chalons, Valence und Perpignan.

— Der Kaiser ist unter dem Donner der Kanonen der Forts von Marseille an Bord der „Reine Hortense" abgefahren. Das Linienschiff „Solferino" und fünf Fregatten bilden die Escorte des Kaisers; das Panzergeschwader gab Salutschüsse, als der Monarch an ihm vorüberfuhr. Am 2. Abends trifft der Kaiser in Algier ein, wenn alles nach Wunsch geht.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 4. Mai.

— Von Seiten des Ober-Commandos der Marine wird berichtet, daß Sr. Maj. Briggs Rover und Musquito laut eingetroffener telegr. Depesche in Cherbourg angekommen sind und weiter nach Danzig segeln werden.

— Am 1. d. Mts. Morgens 3 Uhr hat das preußische Kanonenboot „Delphin", Kommandant Lieutenant zur See Kühne, Kiel verlassen und sich zunächst nach Stralsund begeben. Das Kanonenboot tritt, nachdem es daselbst seine Besatzung komplettirt, einige Seekadetten an Bord genommen und sich genügend verproviantirt, in Begleitung der Korvette „Nymphe" die Fahrt nach dem Piräus an.

— Den preußischen Kriegsfahrzeugen, welche sich in den griechischen Gewässern befinden, ist aufgegeben worden, im Interesse der Wissenschaft Aufnahmen und Messungen zu veranstalten, so weit die Hilfsmittel dazu ausreichen, um dadurch für etwaige Forschungen in der Erd- und Alterthumskunde ein geeignetes Material zu beschaffen.

— Wir meldeten gestern von der Amtsenthebung eines Landraths v. Jordan. Die Meldung beruht auf einem Irrthum, indem der seines Postens enthobene Landrath nicht v. Jordan, sondern v. Jöden heißt. Die Amtsenthebung erfolgte wegen des einfachen Disciplinarverfahrens und war dadurch veranlaßt, daß der Landrath v. Jöden sich ohne Urlaub längere Zeit aus seinem Amte entfernt hat, wie man glaubt, aus persönlichen Gründen.

‡ Ein Hausknecht hat sich gestern Abends so renitent gegen seine Dienstherrschaft betragen, daß seine Arretirung erfolgen mußte. Hierbei ließ derselbe sich hinreißen, dem arretirenden Beamten Bestechlichkeit vorzuwerfen, weshalb er wegen Beamtenbeleidigung angeklagt werden wird.

‡ Im Monat April c. sind 19 Diebstahlssachen und 3 Unterschlagungen als erwiesene Vergehen und Verbrechen an die Staats-Anwaltschaft hierselbst abgegeben worden. Bei diesen Straffällen sind 26 Inculpaten betheiligt.

‡ Der vor einigen Tagen bei dem Schiffscapitain Grantz zu Neufahrwasser verübte bedeutende Diebstahl an Leinenzeug, ist durch hiesige Polizeibeamten entdeckt worden, und ist namentlich eine berüchtigte Diebsfamilie des hiesigen Orts dabei betheiligt.

§§ Gestern Abend entwendete ein Arbeiter dem andern in einem Schanklokale auf dem Kohlenmarkte verschiedene Bekleidungsgegenstände im Werthe von ca. 3 Thlrn.; ersterer ist in Haft geführt.

Deutsch-Crone, 2. Mai. Gegenüber dem bereits mehrfach in den Zeitungen erwähnten Projecte der Erbauung einer Bahn Dirschau-Wangerin und dem neuerdings in den betheiligten Ortschaften aufgetauchten Gerücht, daß vom Handels-Ministerium die Strecke Dirschau-Schneidemühl behufs Anlegung einer Bahn nächstens vermessen werden soll, wurde der vorgestrigen General-Versammlung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins eine Denkschrift unterbreitet, worin nachzuweisen versucht worden, daß die Strecke Dirschau-Kreuz (die Städte Schloppe, Deutsch-Crone, Jastrow, Schlochau, Konitz, Pr. Stargardt berührend) in vielen Beziehungen für die Ost-Bahn vortheilhaft sei und vom Handels-Ministerium, sobald dasselbe darauf hingewiesen, nicht unberücksichtigt bleiben dürfte. Herr Rittergutsbesitzer Lehr-Nakel erklärte sich bereit, Namens des Vereins die Meinung des Handels-Ministeriums darüber einzuholen und bei der nächsten Kreisvertretung die bezüglichen Anträge zu stellen. (Oder-Ztg.)

Gerichtszeitung.

Schwurgerichts-Sitzung am 2. Mai.

Präsident: Hr. Stadt- u. Kreis-Ger.-Rath Hahn; Staatsanwalt: Hr. v. Wolff; Vertheidiger: Hr. Justiz-Rath Walter.

II. Fall. Auf der Anklagebank wegen Unterschlagung und Straßenraub: Der Tagelöhner Johann Pieper aus Bieszkowitz, 28 Jahre alt, bereits 1 Mal wegen Diebstahls rechtskräftig verurtheilt.

Der Fleischermeister Frankenstein zu Neustadt war am 17. August v. J. zum Dominik hieher gekommen und hatte verschiedene Sachen im Werthe von 18 Thlrn. 15 Sgr. gekauft, die am Platze des Kaufes sorgfältig in ein Packet gepackt worden waren. Um die gekauften Sachen, unter denen sich auch ein seidenes Kleid für seine Frau Gemalin befand, sicher nach Hause zu bringen, hielt er für rathsam, das Packet selber von dem Kaufplatze durch das Marktgewühl nach dem Gasthof, in welchem er logirte, zu tragen. Nachdem er eine kleine Strecke mit dem Packe auf dem Arme gegangen, trat ihm auf dem Holzmarkte ein unbekannter Mann mit den Worten: „Ihr ergebener Diener, Herr Frankenstein!" in den Weg. Herr Frankenstein fragte ihn verwundert: Kennen Sie mich denn? — Der Unbekannte antwortete: Wer sollte Sie nicht kennen, Herr Frankenstein! Sie werden mich freilich nicht kennen; aber ich kenne Sie; ich habe in Neustadt gedient, und wenn man in Neustadt gewesen, dann kennt man auch Herrn Frankenstein. Aber daß so ein Mann wie Sie, Herr Frankenstein, selber sein Packet trägt, das geht doch nicht. Erlauben Sie, daß ich es trage und befehlen Sie nur, wohin ich es bringen soll. Der Unbekannte wußte sich augenblicklich so einzuschmeicheln und so viel Vertrauen einzuflößen, daß ihm Herr Frankenstein das Packet zum Tragen einhändigte und ihm zum Lohn in dem dicht am Wege liegenden Schanklocal „die Montauer Spitze" ein Seidel Bier und vier Eier geben ließ. — Nachdem dies geschehen, wurde der Weg nach dem Hotel de Stolp, in welchem Herr Frankenstein logirte, fortgesetzt. Vor der Thür traf Herr Frankenstein einen Bekannten, mit dem er sich in ein Gespräch einließ. Der unbekannte, sich so überaus dienstfertig zeigende Träger begab sich indessen unter dem Vorwande, eine Gelegenheit zur Rückfahrt nach Neustadt auszukundschaften, in das Hotel. Herr Frankenstein folgte im Verlaufe von wenigen Minuten, fand aber weder sein Packet, noch den Träger. Dieser hatte mit demselben durch die Hinterthür das Weite gesucht. Herr Frankenstein war von dem Verlust um so mehr unangenehm überrascht, als er geglaubt, daß, sobald er erst das Packet aus dem Marktgewühl bis in die Stube des Hotels befördert, jegliche Gefahr betreffs des Abhandenkommens desselben überwunden sei. An die Hinterthür hatte er freilich nicht gedacht. Nun aber nahm er sich vor, Alles daran zu setzen, um das ihm auf schändliche Weise unterschlagene Gut wieder zu erlangen; er machte sofort der Polizei-Behörde von dem Vorfalle Anzeige, und von Seiten dieser wurde denn auch eine große Thätigkeit entwickelt, um dem Schwindler auf die Spur zu kommen. Indessen schrieb Herr Frankenstein an seine Frau Gemalin und machte ihr von dem Verlust Mittheilung, tröstete sie aber auch zugleich mit der Hoffnung, daß das abhanden gekommene Gut wieder herbei geschafft werden würde, da die Herren Polizei-Sergeanten tapfer auf dem Platze seien, sehr scharfe Augen hätten und ihnen selten ein Dieb oder Schwindler entgehe. — Doch müsse er zum Zwecke der Habhaftwerdung des abscheulichen Schwindlers, der ja auch das schöne seidene Kleid so schnöde um die Ecke gebracht, noch drei Tage in Danzig verweilen und könne deßhalb nicht zur bestimmten Zeit nach Neustadt zurück kehren. Die drei Tage, auf welche Herr Frankenstein so große Hoffnung setzte, vergingen, aber der so viel gesuchte Schwindler wurde nicht entdeckt. Wahrscheinlich hatte er stehenden Fußes sogleich seinen Weg zum Thor hinaus genommen. Herr Frankenstein mußte ohne das für die Frau Gemalin gekaufte seidene Kleid und ohne die andern Sachen des Packets nach Neustadt zurück kehren. Man kann leicht denken, wie schwer ihm das wurde. Es verging darauf Woche auf Woche bis endlich der Octobermonat herankam. Herr Frankenstein dachte immer noch an die Freude, die er seiner guten Frau Gemalin zu bereiten gehofft, die ihm aber ein nichtswürdiger Schwindler geraubt; auch stellte er darüber Reflexionen an, daß die bösen Menschen, die so viel Unheil, so viel Schmerzen anrichten, in vielen Fällen straflos dahin gehen. Seinen Glauben an die ewige Gerechtigkeit wollten schon Zweifel überschleichen, da wurde er plötzlich durch ein Geräusch gestört. Er schlug seine Augen auf und erblickte einen Auflauf von Menschen. Die Neugier trieb ihn, den Grund desselben zu untersuchen. Und was entdeckte er als des Pudels Kern? — den Schwindler, der ihm das Packet unterschlagen und ihm so die Freude, welche er seiner guten Frau zu bereiten gehofft, in Wasser geworfen. Derselbe war, wie man ihm mittheilte, wegen eines Straßenraubes verhaftet worden und sollte dem Arme der Gerechtigkeit überliefert werden. Nachdem dies geschehen, wurde festgestellt, daß der Verhaftete der Tagelöhner Pieper war. Derselbe befand sich bereits in der vorigen Schwurgerichtsperiode auf der Anklagebank. Als die Verhandlung gegen ihn damals beginnen sollte, erklärte er, daß er noch einen sehr wichtigen Entlastungszeugen vorzuschlagen habe. Wie er glaube, sagte er, heiße derselbe Brill. Den Wohnort desselben wisse er freilich nicht; er würde ihn jedoch noch wahrscheinlich ermitteln können. Dieser Brill würde aussagen können, daß er, der Angeklagte, sich zu der Zeit wo der Straßenraub, dessen er angeklagt worden, verübt wurde, ganz anderswo, als am Orte desselben befunden. Aus diesem Grunde wurde die Verhandlung gegen den Angeklagten vertagt und beschlossen, den Zeugen Brill zu ermitteln und ihn zu vernehmen. (Schluß folgt.)

Meteorologische Beobachtungen.

3	4	338,82	10,1	Nördl. frisch meistens bew.
4	8	339,04	10,2	Westl. flau, klar und schön.
	12	338,47	17,4	SW. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 3. Mai:

Pritchard, Sabrine, v. Portmadoc, m. Schiefer. — Ferner 2 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt: 7 Schiffe m. Getreide, 2 Schiffe m. Holz u. 2 Schiffe m. Ballast.

Angekommen am 4. Mai:

Halvorsen, Pilen, v. Stavanger, m. Heeringen. — Ferner 2 Schiffe m. Ballast.

Gesegelt: 11 Schiffe m. Getreide, 2 Schiffe m. Holz u. 1 Schiff m. Ballast.

Ankommend: 2 Schooner. Wind: Süd.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 4. Mai.

Weizen, 400 Last, 130, 130.31pfd. alt fl. 470; frisch. 130.31pfd. fl. 450; 128.29pfd. fl. 415, 432; 130pfd. fl. 435; 126.27pfd. fl. 415; 125pfd. fl. 410; 126pfd. fl. 380 blauspitzig pr. 85pfd.

Roggen, 123pfd. fl. $247\frac{1}{2}$; 127pfd. fl. 258; 130pfd. fl. 265 pr. $81\frac{7}{8}$pfd.

Weiße Erbsen fl. 335, $337\frac{1}{2}$ pr. 90pfd.

Grüne do. fl. 318 pr. 90pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 4. Mai.

Weizen 120—130pfd. bunt 60—70 Sgr.
120—131pfd. hellb. 62—73 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120—130pfd. 39½—44 Sgr. pr. 81⅞pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 54—57 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 50—53 Sgr. }
Gerste kleine 106—112pfd. 33—36 Sgr.
große 112—120pfd. 34—39/40 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 25—28/29 Sgr.
Spiritus 13⅚ Thlr.

Course zu Danzig am 4. Mai.

		Brief	Geld	gem.
London 3 Mt.	tlr.	6.22¾	—	—
Hamburg 2 M.		151⅛	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½%		85	—	—
do. 4%		94¾	—	—
do. 4½%		100¾	—	—
Staats-Prämien-Anleihe		—	—	130

Alle, welche an Hals- und Brustübel leiden, bedienen sich des einfachen Mittels der Stollwerck'schen Brust-Bonbons. Dieselben sind nach der Composition des Königl. Geh. Hofrathes und Professors Dr. Harleß in Bonn bereitet und haben in ganz Europa seit mehr als 20 Jahren einen so außerordentlichen Ruf erlangt, daß dieselben mit Recht als das beste und angenehmste bis jetzt bekannte Hausmittel gegen Hals- und Brustleiden, trockenen Reizhusten, so wie überhaupt gegen catarrhalischen Affectionen auf das gewissenhafteste zu empfehlen sind.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:

Die Ritergutsbes. v. Strantz a. Neuhoff u. Steffens a. Mittel-Golmkau. Die Kaufl. Weißmann a. Breslau, Mischke a. Hamburg u. Schümann a. Gladbach.

Hotel de Berlin:

Dr. med. Wurst a. Neustadt. Kaufl. Schweitzer, Abrahamsohn u. Soldin a. Berlin, Kolberg a. Magdeburg u. Reinke a. Mühlen.

Walter's Hotel:

Mitglied d. Herrenhauses u. Rittergutsbes. v. d. Osten a. Jannewitz. Die Rittergutsbes. Behnke n. Gattin aus Rabacowo u. Heyer a. Schrödlau. Die Gutsverwalter Dierfeld a. Frankenfelde u. Wedell a. Schliewe. Rentier Sonnenschmidt a. Rommelsburg. Die Kaufl. Damrow a. Berlin u. Potonic Léon a. Paris. Frl. v. Windisch u. v. Zastrow a. Lappin u. v. Zastrow a. Arnsberg.

Hotel zum Kronprinzen:

Solo-Tänzer Röder u. Solo-Tänzerin Frl. Buchey vom Großherzogl Hoftheater zu Dessau. Die Kaufleute Erselius a. Breslau, Löwenstamm a. Wloclaweck, Heirich u. Schulz a. Berlin. Kreis-Physikus Schrader a. Neustadt. Rentier Fuchs a. Böhlkau. Agent Kliewer aus Berlin. Lieut. Jung a. Danzig.

Hotel de Thorn:

Die Gutsbes. Bühlsdorff a. Cöslin u. Wobrock a. Stettin. Professor Ramberg a. Breslau. Die Kaufl. Wierczynski a. Putzig, Munkel a. Berlin, Herrmann a. Hannover u. Schönrock a. Bromberg.

Deutsches Haus:

Commis Siewert a. Elbing. Die Kaufl. Schick u. Adolphsohn a. Bromberg.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.